



gescannt  02/07/2018
Kurzzeichen, Datum

9KE/22110/Y/DA/EV/0001/00
11838303 -- 707808 --

Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit, Willy-Brandt-Straße 5, 38226 Salzgitter

Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH
Willy-Brandt-Str. 5

38226 Salzgitter


Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH Zentrale Salzgitter	
Tgb.-Nr.	1
Eingang	02. Juli 2018
	506.3 / B: p 02/17


Ihre Nachricht: SE 2-9KE/2211/AA0082#0003

9KE/DA/AY/0294/00

Mein Zeichen: BfE-KE5 9K 9160/2-082

Datum: 29.06.2018

TEL +49 3018 333-

FAX +49 3018 333-

Info@bfe.bund.de

Info@bfe.de-mail.de

www.bfe.bund.de

Endlager Konrad

Änderungsvorgang Nr. 82 – Zusätzliches Verbindungsbohrloch Versatzauf-
bereitung

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Ihren Antrag vom 26.04.2018 erteile ich folgenden Bescheid:

I. Entscheidung

Hiermit erteile ich die Zustimmung zum Vorgehen gemäß Veränderungsan-
trag vom 26.04.2018 /1/ unter einer Auflage (II.).

Dieser Entscheidung liegen folgende Unterlagen zugrunde:

- /1/ BGE/SE 2, „Endlager Konrad; Änderungsvorgang Nr. 82 – Zusätzliches Verbindungsbohrloch Versatzaufbereitung; Veränderungsantrag“ (BGE-KZL 9KE / 2211 / DA / AY / 0294 / 00) mit Stand vom 26.04.2018, nebst der Anlage eingegangen bei BfE/KE 5 am 26.04.2018.
- /2/ Änderungsvorgang Nr. 82: Zusätzliches Verbindungsbohrloch Versatzaufbereitung; Zustimmungsverfahren; Technische Beschreibung mit Verfahrensrechtlicher Bewertung (BGE-KZL 9KE / 2211 / DA / TV / 0068 / 00), Stand vom 20.04.2018, als Anlage zu /1/.





- /3/ Planfeststellungsbeschluss für die Errichtung und den Betrieb des Bergwerkes Konrad in Salzgitter als Anlage zur Endlagerung fester oder verfestigter radioaktiver Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung vom 22. Mai 2002.
- /4/ EU 250, „Brandschutz unter Tage II“ (9K/21312.57/ND/TU/0001/04), Stand vom 15.02.1996.
- /5/ EU 278, „Brandschutzmemorandum Schachtanlage Konrad“ (9K/33219/EB/RB/0020/02), Stand vom 20.02.1997.
- /6/ EU 279, „Planung Grubengebäude“ (9K/5311/G/BZ/0006/03), Stand vom 20.02.1997.
- /7/ EU 281, „Auslegungsanforderungen Planfeststellungsverfahren Konrad, Strahlenschutz“ (9K/542/LA/RB/0004/06), Stand vom 20.02.1997.
- /8/ EU 282, „Entwurfsplanung Strahlenschutz als begleitende Planunterlage“ (9K/4424/LA/RB/0003/05), Stand vom 20.02.1997.
- /9/ EU 284, „Bewetterung“ (9K/5321/GV/TQ/0002/06), Stand vom 20.02.1997.
- /10/ EU 316, „Rahmenbeschreibung für das Zechenbuch/Betriebshandbuch“ (9K/33411/DA/JC/0001/06), Stand vom 20.02.1997.
- /11/ EU 344-Nachfolge, „Einstufung von Anlagenteilen, Systemen und Komponenten in Qualitätssicherungsbereiche“ (9KE/1151/CA/JG/0002/01), Stand vom 15.03.2010.
- /12/ Allgemeine Bundesbergverordnung vom 23. Oktober 1995 (BGBl. I S. 1466), zuletzt geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 18. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3584).





II. Auflage

Durch betriebliche Regelung ist festzulegen, dass der neu eingerichtete geschlossene Kontrollbereichsübergang nur im Gefahrenfall zur Flucht in den Kontrollbereich und nicht in der Gegenrichtung zum Verlassen des Kontrollbereichs verwendet werden darf. Die Regelung ist vor Aufnahme in das Zeichnenbuch/Betriebshandbuch der atomrechtlichen Aufsicht vorzulegen.

III. Hinweise

1. Die Einhausung mit zwei Türen (Wetterleiteinrichtung) ist als neue ASK des QS-Bereichs 3.1 in die betriebliche Unterlage „EU 344-Nachfolge“ /11/ aufzunehmen.
2. Die atomrechtliche Aufsicht ist über die Herstellung des Verbindungsbohrloches als zusätzliche Fluchtmöglichkeit nachträglich in Kenntnis zu setzen.
3. Die Einhaltung der Anforderung, dass die Wetterführung durch die Einhausung mit zwei Türen bzw. die Nutzung des Verbindungsbohrloches als Fluchtweg nicht negativ beeinflusst wird, ist im Rahmen der Vorprüfung nachzuweisen.

IV. Begründung

Mit Schreiben /1/ hat die BGE die Zustimmung zur Errichtung eines zusätzlichen geschlossenen Kontrollbereichsübergangs und zur Herstellung einer Einhausung mit zwei Türen als unwesentliche Veränderung beantragt.

Ein Verbindungsbohrloch soll zwischen dem Grubenraum 02YEA04/R005 „Vorzerkleinerung“ und dem Grubenraum 03YEA80/R005 „Zufahrt Schleu-



dersersatzfahrzeug“ als eine weitere Fluchtmöglichkeit im Bereich der Versatzaufbereitungsanlage gemäß § 15 Abs. 2 Satz 1 ABergV /12/ eingerichtet werden. Das Verbindungsbohrloch ist als Teil des Grubengebäudes gemäß der EU 344-Nachfolge /11/ dem QS-Bereich 2 zugeordnet. Im Gefahrenfall soll die Flucht aus dem Grubenraum 02YEA04/R005 „Vorzerkleinerung“, der zum Überwachungsbereich gehört, in den Grubenraum 03YEA80/R005 „Zufahrt Schleuderversatzfahrzeug“, der im Kontrollbereich liegt, erfolgen. In diesem Zusammenhang wird ein zusätzlicher geschlossener Kontrollbereichsübergang geschaffen. Der neue geschlossene Kontrollbereichsübergang wird mit einer Einhausung mit zwei Türen als Wetterleiteinrichtung wettertechnisch abgesichert. Die geplante Einhausung mit zwei Türen wird als eine weitere Unterart von Wetterleiteinrichtungen /9/ dargestellt und ist dem QS-Bereich 3.1 zugeordnet.

Unwesentliche Veränderungen hinsichtlich Gebäuden, Gebäudeteilen, Anlagen, Systemen und Komponenten, die in den QS-Bereich 3.1 oder 3.2 eingestuft sind, und unwesentliche Veränderungen an den planfestgestellten Randbedingungen für den Betrieb des Endlagers bedürfen vor ihrer Durchführung der Zustimmung der atomrechtlichen Aufsicht (Nebenbestimmung A.4-23 /3/).

Die im Antrag dargestellten Maßnahmen verändern sowohl die planfestgestellten Randbedingungen des Betriebes (Anzahl der Kontrollbereichsübergänge) als auch die planfestgestellte Ausstattung mit wettertechnischen Einrichtungen, welche gemäß Nebenbestimmung A.3-33 /3/ dem QS-Bereich 3.1 zuzuordnen sind. Für diese Veränderungen wird eine Zustimmung gemäß Nebenbestimmung A.4-23 des Planfeststellungsbeschlusses /3/ beantragt.

Der Antrag erstreckt sich jedoch nicht auf die Änderung des Grubengebäudes, welche mit der Herstellung des Verbindungsbohrlochs einhergeht. Insofern besteht keine Zustimmungspflicht, da das Grubengebäude als solches dem QS-Bereich 2 zugeordnet ist.





Maßstab der Prüfung durch die atomrechtliche Aufsicht ist der Planfeststellungsbeschluss /3/ samt den zugehörigen Unterlagen.

"Wesentliche Veränderungen" sind Änderungen, die nicht nur unerhebliche Auswirkungen auf die Erfüllung der Anforderungen des Zulassungstatbestandes haben können. Eine unwesentliche Veränderung ist somit eine Abweichung vom planfestgestellten Zustand des Endlagers, die offensichtlich nur unerhebliche Auswirkungen auf das Sicherheitsniveau der Anlage haben kann, also die Genehmigungsfrage nicht erneut aufwirft. Die Einrichtung eines neuen geschlossenen Kontrollbereichsübergangs ist notwendig zur Herstellung eines zweiten Fluchtwegs gemäß § 15 Abs. 2 Satz 1 ABBergV /12/. Das Sicherheitsniveau des Endlagers wird hierdurch nicht beeinflusst, sofern - wie in der technischen Beschreibung /2/ dargelegt - die in den G-Unterlagen /7/ und /10/ gestellten Anforderungen an geschlossene Kontrollbereichsübergänge eingehalten werden. Die Einhaltung der radiologischen Schutzziele (Vermeidung einer möglichen Verschleppung von Kontaminationen) ist damit und unter Beachtung der Auflage sichergestellt. Auch der Bau einer Einhausung mit zwei Türen als Wetterleiteinrichtung kann das Sicherheitsniveau der Anlage nicht beeinflussen. Sie dient der Aufrechterhaltung der Wetternetzstabilität, wodurch sowohl den Belangen des Strahlenschutzes als auch des Betriebes Rechnung getragen wird. Somit stellen die in der technischen Beschreibung /2/ beschriebenen Abweichungen von den planfestgestellten Unterlagen eine unwesentliche Veränderung dar.

Sowohl im Antrag /1/ als auch in der technischen Beschreibung /2/ ist nicht ersichtlich, wie sichergestellt wird, dass dieser Kontrollbereichsübergang nicht (zweckwidrig) auch zum Verlassen des Kontrollbereichs genutzt wird. Eine solche Regelung ist in die Dienstanweisung zum Umgang und zur Nutzung der geschlossenen Kontrollbereichsübergänge aufzunehmen. Die Dienstanweisung ist vor der Aufnahme in das Zechenbuch/Betriebshandbuch



der atomrechtlichen Aufsicht vorzulegen (s. Auflage), um prüfen zu können, ob die vorgesehene Regelung ausreichend ist.

Nach meiner Bewertung haben die Errichtung des zusätzlichen geschlossenen Kontrollbereichsübergangs und die geplante Wetterleiteinrichtung keine nachteiligen Auswirkungen auf das Sicherheitsniveau des Endlagers bzw. des Bewetterungssystems.

Die beantragten Veränderungen sind unwesentlich und zustimmungsfähig.

Dem Antrag wird somit unter einer Auflage zugestimmt.

IV. Kosten

Die Kostenentscheidung beruht auf § 21 Abs. 1 Nr. 5, Abs. 3 AtG i. V. m. §§ 1 und 5 Abs. 1 Nr. 2 und 7 AtKostV. Hierzu ergeht ein gesonderter Kostenfestsetzungsbescheid.

V. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit, Krausenstraße 17-18, 10117 Berlin oder am zweiten Dienstsitz, Willy-Brandt-Straße 5, 38226 Salzgitter erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

